Nummer 22 | A. g. XIII. | Stuttgart, 1. Juni 1918 | 36. Jahrgang

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: A. Quist
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rötestraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

## Erobern ist leichter als festhalten

Das wissen unsere Kollegen, die aus dem Felde zurückkehren, aus eigener Erfahrung. Sie halten es für weniger schwierig und gefährlich, im Stoßtrupp vorzustürmen und eine feindliche Stellung zu besetzen als diese eroberte Stellung zu halten und die Rückeroberungsversuche abzuwehren, wenn hinter ihnen das feindliche Sperrfeuer liegt.

Wenn wir dies aufs Gewerkschaftswesen anwenden, so ergibt sich folgendes: Es ist manchem Arbeitskollegen oft leichter, sich zeitweilig für unsern Verband zu begeistern als ihm dauernd Treue zu bewahren, besonders dann, wenn er fürchtet, daß ihm aus seiner Mitgliedschaft Unannehmlichkeiten erwachsen, wenn er in der Umgebung von unaufgeklärten Leuten lebt, wenn seine Frau nicht einsehen kann, welchen Nutzen es haben kann, daß er wöchentlich seinen Verbandsbeitrag zahlt, wenn Mitglieder eines gelben Werkvereins ihm von den eingebildeten Vorteilen erzählen, die ihr Verein ihnen bieten soll usw. Solche Mitglieder werden leicht verdrießlich und wankelmütig, besonders in Zeiten, wo es sich nicht als zweckmäßig erweist, Lohnbewegungen zu unternehmen, obwohl infolge der Teuerung jeder Arbeiter eine Lohnaufbesserung nötig hat. Widerwillige und wankelmütige Mitglieder sind jedoch kein Vorteil für den Verband; es hat auch keinen Wert, sie durch irgend welchen Druck beim Verbande zu erhalten. Im Gegenteil: sie können bei einer Lohnbewegung leicht zu einem Hindernis des Erfolges werden, indem sie den Kollegen in den Rücken fallen und in törichter Verblendung glauben, dadurch sich selber nützen zu können, daß sie an ihren Kollegen zu Verrätern werden.

Nur aufgeklärte Kollegen können dem Verbande und damit auch sich selber wahren Nutzen bringen. Es ist darum eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben, die neu gewonnenen Verbandsmitglieder aufzuklären. Am zweckmäßigsten geschieht dies dadurch, daß man die Kollegen zunächst über ihre eigenen Rechte und Pflichten belehrt. Ein Hilfsmittel dazu bieten die Verhaltungsmaßregeln für Mitglieder, die auf den ersten Seiten unseres Verbandsbuches abgedruckt sind. Auf diese muß man die neugewonnenen Verbandsmitglieder besonders aufmerksam machen. Dies ist sehr notwendig, denn — merkwürdig genug — es gibt viele Mitglieder, die schon jahrelang dem Verbande angehören, sich aber doch noch nie veranlaßt gesehen haben, das Verbandsstatut oder auch nur die drei Seiten mit Verhaltungsmaßregeln im Mitgliedsbuche durchzulesen. Wenn sie dann infolge ihrer Unachtsamkeit selber Schaden leiden, so schieben sie oft die Schuld nicht auf sich selbst, sondern auf den Verband. Ein weiteres Mittel, die Mitglieder dem Verbande zu erhalten, ist die Pflege der Kollegialität. Auch das ist nicht immer leicht, denn manchem neugewonnenen Mitgliede haften aus seiner früheren Zeit noch Eigenschaften an, die nicht immer angenehm sind. Der Wahlspruch: Einer für alle, alle für einen, geht nicht gleich jedem bei der Aufnahme in den Verband in Fleisch und Blut über. Zum Beispiel kann es vorkommen, daß ein neugewonnenes Mitglied glaubt, trotz seiner Verbandszugehörigkeit, seinen Vorteil dadurch am besten zu wahren, daß es sich beim Unternehmer oder beim Meister lieb Kind macht. Es ist nicht immer leicht, solchen Mitarbeitern stets freundlich und gefällig zu begegnen und bei manchem erfordert es längere Zeit, bis ein aufgeklärter Verbandskollege aus ihm wird. Da darf man sich die Mühe nicht verdrießen lassen, auch wenn man nicht gleich einen guten Erfolg sieht. Um so mehr hat man dann aber auch Ursache, sich zu freuen, wenn es gelingt, solche Kollegen zu aufgeklärten, zielbewußten Verbandsmitgliedern zu machen.

Es gilt nicht nur, neue Mitglieder zu gewinnen, sondern auch die Gewonnenen dem Verbande zu erhalten. Erst dann kann der Deutsche Metallarbeiter-Verband weiter blühen und erstarken.

## Die geschlagene Regierung

„Wie von einer Zaubergewalt sind die Schranken niedergesunken, die eine öde und dumpfe Zeit lang die Glieder des Volkes trennten, die Schranken, die wir miteinander aufgerichtet hatten, im Mißverstand, in Mißgunst und in Mißtrauen. Es ist wie eine Befreiung und eine Beglückung, daß einmal dieser ganze Wust und Unrat hinweggefegt worden ist, daß nur noch der Mann gilt, einer wie dem anderen gleich, einer dem anderen die Hand reichend für ein einiges, für ein heiliges Ziel."

Diese hoffnungsschweren Worte sind wirklich gesprochen worden in Preußen-Deutschland, nicht in märchenhaft alter Zeit, sondern am 2. Dezember 1914 im Reichstag, und zwar von dem Reichskanzler Bethmann Hollweg. Wären sie nicht dokumentarisch festgelegt, so jederzeit nachzulesen, im vierten Kriegsjahr würden nur ganz wenige Starkgläubige glauben, daß solche Worte von einer kurzen, allerdings ungeheuer ereignisreichen Zeitspanne von dem höchsten deutschen Reichsbeamten und preußischen Ministerpräsidenten ausgesprochen — und mit „allseitigem Bravo" aufgenommen worden seien.

Was ist aus der Stimmung, aus der jenes Bekenntnis zur Volksverständigung geboren wurde, geworden? Man braucht durchaus nicht zu den „sentimentalen Klageweibern" zu gehören, um zu bedauern, daß wir heute schon wieder, bevor noch der Krieg sein Ende erreicht hat, mitten in den ganzen Wust und Unrat der Vorkriegszeit hineingeraten sind. Unsere modernen Gewerkschaften sind Kampfvereinigungen, aber sie kämpfen doch nicht um des Kampfes willen, sondern waren und sind stets bereit, sich mit ihren Interessengegnern auf der Basis loyaler Anerkennung der Gleichwertigkeit zu verständigen. Nur wenn dies ausgeschlossen ist, wird zu dem äußersten gewerkschaftlichen Kampfmittel gegriffen. So bedeutete es auch keine Preisgabe unseres wirtschaftspolitischen Programms, als die Gewerkschaften, vor die Tatsache des Krieges gestellt, sich bereit erklärten, nach Kräften zum Schutze des von einer gewaltigen feindlichen Auslandsmacht bedrohten Gemeinwesens mitzuwirken, unbeschadet unserer der militaristisch-imperialistisch schroff entgegengesetzten Auffassung von dem Kriege. In dieser Zeit erkannte und bekannte der verantwortliche Leiter unserer Reichs- und Staatspolitik die unausweichliche Notwendigkeit, den Geist der Volksverständigung zu pflegen und zu festigen durch die Aufhebung aller behördlichen und gesetzlichen Ausnahmemaßregeln gegen die Arbeiterklasse. Aus dieser Erkenntnis heraus ist auch sein Entschluß der Beseitigung des elendesten aller Wahlsysteme, des preußischen Dreiklassenwahlrechts, geboren. Das läßt die Begründung der Regierungsvorlage noch deutlich erkennen, obschon sie reichlich spät, erst im vierten Kriegsjahr, das Licht der Welt erblickte.

Was ist aus der hoffnungsvollen Stimmung geworden? Ihr Bekenner, der Reichskanzler Bethmann Hollweg, ist von seinen bekannten Widersachern gestürzt worden, und zwar kurz nachdem er seinen Monarchen zum Versprechen des geheimen, direkten und gleichen Wahlrechts für Preußen bewogen hatte. Dieser Ministersturz war auch eine symbolische Handlung. Bald ein Jahr nach der Veröffentlichung des königlichen Wahlrechtsversprechens haben die Väter aller Reformhindernisse in Preußen-Deutschland der Regierung ihre Wahlrechtsvorlage verhunzt und zerrissen vor die Füße geworfen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß der Reichskanzler und Ministerpräsident, der die Notwendigkeit der Ausräumung des borussischen Wustes und Unrates offen bekannte, deswegen gestürzt worden ist, die grimmigen Anklagen der Wahlrechtsfeinde im preußischen Dreiklassenlandtag gegen den intellektuellen Urheber der Wahlrechtserlasse würden die Beweiskette geschlossen haben. Und wie vor hundert Jahren die Reaktionäre die preußischen Reformrechtsminister kaltgestellt haben, so mußten die preußischen Wahlrechtsminister am 14. Mai 1918 als Geschlagene das parlamentarische Schlachtfeld verlassen. Sie wurden geschlagen von den hochedlen Nachfahren der Widersacher der Stein und Hardenberg — und von den schwerreich gewordenen Söhnen und Enkeln der bürgerlichen Revolutionäre, die im vormärzlichen Preußen genau so als „unreif" von den borussischen „Edelsten und Besten" behandelt wurden, wie das jetzt den Arbeitern von den Erkorenen des Geldsackwahlrechts geschieht.

„Wenn sie nur mit einer Wimper zucken, sind sie verloren," schrieb der Historiker Professor Delbrück in seinen „Jahrbüchern" kurz nach Veröffentlichung der Wahlrechtsvorlage den zu ihrer Vertretung berufenen Ministern ins Stammbuch. Er hat Recht bekommen. Auch in der dritten Lesung wurde das gleiche Wahlrecht, so wie es die Regierung versteht, mit 236 gegen 185 Stimmen abgelehnt! Und das, obgleich die Regierung sich zu „Sicherungen" bereiterklärt hat, die tatsächlich eine mögliche „radikale Mehrheit" des Abgeordnetenhauses flügellahm zu machen geeignet wären, ganz abgesehen von der vorgesehenen „Ersten Kammer", in der Großgrundbesitz und Großindustrie vorherrschen sollen. Mit dem Angebot dieser „Sicherungen", die in der Regierungsvorlage nicht zu finden sind — also von der Regierung selbst nicht für „staatsnotwendig" anerkannt wurden! — hat die Regierung schon mehr als mit „einer Wimper gezuckt". Durch die von ihr zwischen der zweiten und dritten Lesung angenommenen Zentrumsanträge soll auch die gegenwärtige, völlig veraltete Wahlkreiseinteilung zum Vorteil der Landjunker beibehalten werden, bis eine Zweidrittelmehrheit anders beschließt; und überdies soll jedwede Verfassungsänderung nur dann gesetzlich sein, wenn „in beiden Kammern" eine Zweidrittelmehrheit dem zustimmt! Man denke: eine Zweidrittelmehrheit auch im „Herrenhaus"! Die Annahme dieser außerordentlichen Bindung der zukünftigen Gesetzgebung stand schon fest, trotzdem lehnten auch da noch die 236 Konservative, Freikonservative, Nationalliberale und Zentrumsleute das gleiche Wahlrecht ab. Sie wollten diese Bindungen und außerdem ein Pluralwahlrecht. Waren schließlich die volksrechtsfeindlichen Nationalliberalen, die zur dritten Lesung einen Dreistimmenantrag einbrachten, der mit 338 gegen 73 Stimmen abgelehnt wurde (weil er den Konservativen noch nicht plutokratisch genug war), nicht genötigt gewesen, um des geringen Rechtes ihrer politischen Reputation willen gegen den, von ihnen mitfabrizierten, Beschluß der Kommission und der zweiten Lesung zu stimmen, dann würde jetzt noch das Siebenstimmenwahlrecht zur Annahme gelangt sein. So aber wurde auch dieses abgelehnt, mit 220 gegen 191 Stimmen. Nunmehr stand die geschlagene Regierung vor einem „Vakuum", vor einem Loch in ihrer Vorlage, der jetzt das Kernstück, die Wahlrechtsvorschrift fehlt! Ein jammervoller Abschluß.

Als am 30. April der Kasinoverwalter Rittmeister und Abgeordneter Graf v. Spee zu Beginn der zweiten Lesung „direkt von der Front" kam und dreist die Vertagung der Weiterberatung „bis nach Kriegsschluß" beantragte, erklärte die Regierung erbost, im Falle der Annahme dieses Verschleppungsantrages würde sie sofort von dem „schärfsten Verfassungsmittel", das ist die Auflösung, Gebrauch machen. Nachdem aber ihre Vorlage verhunzt und zerrissen war, sagte die Regierung im Rückzuge, sie würde nicht „auflösen", sondern die Entscheidung des „Herrenhauses" anrufen und dann, je nachdem das Verhandlungsergebnis und die „Kriegslage" sei, zur Auflösung schreiten. Wenn die Auflösung am 30. April „tunlich" war, warum nicht auch am 14. Mai? Wenn im Vorjahre die alldeutschen Welteroberer die Auflösung des Reichstages unbekümmert der „schweren inneren Kämpfe" stürmisch fordern konnten, warum verbot die „Rücksicht" auf die „schweren inneren Kämpfe" und die „Kriegslage" jetzt die Auflösung der Landtages? Herr v. Heydebrand weiß warum, aber auch noch viele andere Leute. Eine Annahme des gleichen Wahlrechts im „Herrenhause" ist ohne großen „Peersschub" ausgeschlossen. Die „Verständigung" mit der Landtagsmehrheit wird aber auch nur möglich sein, wenn die Regierung ihre Vorlage tatsächlich preisgibt. Und sie hat es prinzipiell bereits getan, indem sie am 14. Mai erklärte, über eine Aufstimme für Wähler im Alter von mindestens 50 Jahren „würde sich reden lassen"!

Die geschlagene Regierung hat nicht nur mit „einer Wimper gezuckt", sondern sie befindet sich im offenbaren Rückzug vor den Junkern und Junkergenossen. Nach der Volkszählung von 1907 hatten von den männlichen Einwohnern Preußens im Alter von über 14 Jahren 20 bis 21 vom Hundert das 50. Lebensjahr erreicht oder überschritten. In der industriellen und städtischen Bevölkerung aber ist diese Altersklasse weit geringer vertreten. Nach den Erhebungen der preußischen Gewerbeinspektion 1912 waren von je 100 Arbeitern 50 Jahre alt und älter: in der Textilindustrie 16,9, Holzindustrie 15,5, Chemische Industrie 12,1, Zigarrenindustrie 10,7, Kleineisen- und Metallindustrie 9,7, Glasindustrie 9,4, Buchdruckerei 8,9, Eisengießerei 8,0, Maschinenindustrie 8,0, Großeisenindustrie 7,0. In der Großeisenindustrie des Regierungsbezirks Düsseldorf waren von je 100 Arbeitern in den Feuerbetrieben nur 4,77, in den Nichtfeuerbetrieben nur 6,32 genau 50 Jahre alt und älter. In der Bergbauindustrie stellen diese Altersklassen ebenfalls nur geringe Mengen dar. Tritt doch hier die Ganzinvalidität schon im 50. Lebensjahr ein (Durchschnitt der preußischen Knappschaftsgenossen). Und doch will die preußische Regierung über eine Zusatzstimme für die mindestens 50jährigen „mit sich reden lassen", glaubt anscheinend, oder tut doch, als wenn sie es glaube, eine solche Entrechtung der Industriearbeitermassen bewege sich immer noch „auf der Grundlage des gleichen Wahlrechts". Weil die Industriearbeiter sich frühzeitig abrackern, in viel größeren Scharen als die übrigen Einwohner im Alter von noch nicht 50 Jahren hinsterben, dafür sollen sie obendrein als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt werden! Diesen Faustschlag ins Gesicht könnte die Arbeiterklasse nicht ruhig hinnehmen.

Warum tritt die von den Junkern und Junkergenossen geschlagene Regierung nicht vom Schauplatz ihrer erfolglosen Tätigkeit ab, wenn sie jetzt die Auflösung des Landtags für „untunlich" hält? Die reaktionäre Presse schwelgt in wonnigem Hohn des Siegers. Nach den Erlebnissen mit der Tragikomödie des Wahlrechtsreformversuches, der Schachermachei mit den Volksrechtsfeinden und dem schon deutlich sichtbaren Rückzug der Regierung ist nicht einzusehen, was namentlich die gewerkschaftlich organisierten Massen für ein Interesse an dem Bleiben dieser „Regierung" haben könnte. Ihre Autorität ist zum Teufel, wenn der Rückzug dokumentiert wird, der borussische Junker hat sie dann vernichtet. Auch die sonstigen üblen Erfahrungen, die die Gewerkschaften im Laufe des vierten Kriegsjahres bezüglich der Reformfreudigkeit dieser „Regierung" machen mußten, läßt uns wünschen, daß die „Sitzredakteure" abtreten und die Persönlichkeiten, die jetzt heimlich im Steuerhaus sitzen, vor aller Oeffentlichkeit verantwortlich die leitenden Reichs- und Staatsämter übernehmen. Wir sind durch die Verhunzung und Zerreißung der doch wirklich nicht „radikalen" Wahlrechtsreformvorlage in eine innerpolitische Krisis hineingeworfen worden, in der volle Klarheit darüber geschaffen werden muß, wer Koch und wer Kellner ist. Die Arbeiterschaft muß verlangen, daß klargestellt wird, welche hochmächtigen Kreise die schwere Verantwortung für die Wiederkehr all des Wustes und Unrates tragen, der unser innerpolitisches Leben krank bis ins Mark macht, darum auch von verhängnisvollen Folgen für die außenpolitische Entwicklung werden muß. Die Gewerkschafter wissen am besten, wie sehr die einst hoffnungsstarke Volksstimmung „auf den Hund" gekommen ist, weil die innerpolitische Reaktion wütet. Klarheit muß werden über den Weg, auf den wir gedrängt werden sollen.

## Die Mobilmachung des Bankkapitals

Werner Sombart hat in einem mitten im Trubel der Balkankriege erschienenen Buche den interessanten Versuch unternommen, nachzuweisen, daß die Wechselwirkungen zwischen Kapitalismus und Krieg auch noch andere sein können, als wir Sozialdemokraten immer dargelegt haben. Es bleibt ja dabei, was wir gesagt haben: der Kapitalismus ist die größte Kriegsgefahr. Er ist der eigentliche Erreger aller, auch des jetzigen, des furchtbaren Weltkrieges. Diese Konstatierung, die gerade erst in diesem Kriege aller Welt so recht klar wurde, ist so überwältigend, daß sie anderen Betrachtungen volkswirtschaftlicher Art vorerst wenig Raum ließ. Je länger aber sich der Krieg hinzieht, je mehr Eifer die Kapitalisten zeigen, sich in dieser Zeit recht häuslich einzurichten, um sich möglichst lange in ihr niederzulassen, das heißt, je mehr die Großkapitalisten die letzten Masken fallen lassen und sich als das geben, was sie sind, als Kriegsverlängerer, als bewußte und absichtsvolle Kriegsverlängerer, um so mehr bemüht sich die übrige Welt eine Erklärung für das menschenfreundliche Beginnen zu finden. Dabei werden nun Betrachtungen angestellt, die ganz in der Richtung des Sombartschen Versuches gelegen sind. Jawohl, der Kapitalismus ist der Entfacher des Krieges; zieht er aber nicht aus dem Kriege reichsten Gewinn? Kurz, es verlohnt sich, wenn man auch die geschichtsphilosophischen Gedankengänge Sombarts nicht annehmen kann, doch, mit ihm die Wirkungen der Kriege auf den Kapitalismus zu betrachten, statt sich immer nur und ausschließlich mit dem Zusammentragen des Materials zu beschäftigen, das den Krieg als die Folge des Kapitalismus erkennen läßt. Sombart erklärt sogar kurzerhand, er wolle „den Nachweis führen, daß der Krieg (nicht der jetzige, sondern der Krieg schlechthin) noch viel unmittelbarer am Aufbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems beteiligt ist". Allerdings beschränkt er seine Betrachtungen bloß auf die Zeit „seit der Entstehung der modernen Heere bis etwa zum Ende des 18. Jahrhunderts". Für die Zeit aber schildert er, wie der Unterhalt der Heere (die Heeresfinanzierung und Ausrüstung), wie die fortschreitende Verbesserung und Ausgestaltung der Bewaffnung der Heere (und deren Wachstum), wie die Beköstigung und Bekleidung der Heere Quellen waren, aus denen reiche Anregungen und Vorschläge

Das vierte Kriegsjahr eilt jetzt seinem Ende zu. Schon diese unfaßbar lange Zeit läßt es erklärlich finden, daß der Krieg auch volkswirtschaftlich ein Ereignis von unabsehbaren Wirkungen, von ungeheurer Tragweite sein muß. Dies um so mehr, als er in die imperialistische Phase des Kapitalismus fällt, das ist in den Zeitabschnitt der Weltkonkurrenz des Kapitalismus, zu deren Methoden eben Revolutionen und Kriege gehören. Da hat es für die Arbeiterklasse einen ganz außerordentlichen Reiz, aber mehr noch einen großen Wert, die wirtschaftlichen Wirkungen des Krieges genau zu verfolgen, damit sie ihre Widersacher möglichst gründlich kennen lerne. Für dieses Beginnen spricht vor allem die Tatsache, daß der Krieg — bisher wenigstens — die große Erschütterung des Wirtschaftssystems oder wenigstens des Wirtschaftslebens, die wir erwarten zu können berechtigt zu sein glaubten, nicht brachte. Gewiß, es ist noch nicht aller Kriegstage Abend. Und die Entwicklung der russischen Staatsfinanzen ist für die Kapitalisten, deren Stolz die internationalen Anleihen bildeten, nicht sehr ermutigend; uns aber lehrt sie, daß wir uns von keinem, noch so sehr schimmernden Glanz täuschen lassen sollen, die Staatswirtschaft vermag die Kriegsbelastung nicht ins Unendliche tragen. So ist ja beispielsweise auch die ernste, beachtenswerte Mahnung der österreichischen Staatsschuldenkontrollkommission zu verstehen.

Aber nicht bloß die Staatsfinanzen, sondern auch und in höherem Grade, die Privatwirtschaft muß mit der Möglichkeit großer Erschütterungen rechnen, womit nicht gesagt sein soll, daß diese Erschütterungen den Boden abgeben können, aus dem ein stärkerer, mächtigerer Kapitalismus erstehen kann. Das haben wir schon gründlich erkannt: dieser Krieg hat seinem Schöpfer, dem Kapitalismus, nichts angetan. Die verschiedenen Ausnahmsmaßnahmen, die scheinbar dem Kapitalismus an den Lebensnerv greifen, haben doch nur vorübergehende Bedeutung, denn mit zäher Ausdauer und kaum geahnter Kraft kämpfen die Kapitalisten schon jetzt um die Befreiung aus den Fesseln. Und die Regierungen brauchen noch Kriegsanleihen, die besonders durch Konzessionen zu erreichen sind. **Nein, die Götterdämmerung des Kapitalismus ist noch nicht gekommen.**

Fast wären wir in Versuchung, zu sagen, daß das Gegenteil eingetreten sei, daß ein neuer Tag für den Kapitalismus anzubrechen scheint. Und zu dieser Behauptung geben uns die Jahresabschlüsse der Banken genügend Anlaß. Die Banken im Jahre 1917! Das wird für den Geschichtschreiber der Kriegszeit einst das interessanteste Kapitel seiner wirtschaftsgeschichtlichen Betrachtungen sein. Und wie oft wird er da in Versuchung kommen, die Sombartsche Untersuchung auf das 20. Jahrhundert auszudehnen. Die Banken legen im vierten Kriegsjahr Zeugenschaft ab von den tiefen Wirkungen des Kriegs auf das Wirtschaftsleben, von dem vom Kriege hervorgerufenen unheimlich raschen Tempo der Aufwärtsentwicklung des Bankkapitalismus.

Eben haben bei uns in Oesterreich und im Deutschen Reiche die letzten Großbanken ihre Bilanzen und Jahresabschlüsse für 1917 vorgelegt, in denen sie natürlich die große Kunst des Verheimlichens noch mehr als sonst zur Geltung bringen. Doch auch in dem, was sie der Oeffentlichkeit zu sagen für gut finden, sind diese Abschlüsse gerade für die Arbeiterschaft Dokumente von seltener Aufklärungskraft. Für den allgemeinen, großen Befreiungskampf der Menschheit aus dem Joche des Kapitalismus, nicht minder als für den gewerkschaftlichen Kleinkrieg, können und daher müssen wir aus den Bankenabschlüssen für uns zahlreiche Lehren und Andeutungen ableiten. An den geschäftlichen Gewinnen der Banken, an den Rangeserhöhungen der Industriekapitäne (Skoda, Schoeller und Krupp haben den Titel „Exzellenz" erhalten, da sie „Geheimräte" wurden, eine Auszeichnung, die bisher Industriellen in Oesterreich noch nie zuteil wurde), an vielen anderen Dingen können wir den unermeßlichen Kräftezuwachs des Kapitalismus bei uns abschätzen. Dieser Kapitalismus ist unser Gegner von heute, mehr aber noch von morgen.

Mehr als je stehen gegenwärtig die Banken im Mittelpunkt des kapitalistischen Lebens. Haben sie früher eine ihrer wichtigsten Aufgaben darin erblickt, das Geld, das in den verschiedenen Orten angesammelt war, für ihre Geschäftszwecke heranzuziehen, weshalb sie ein so ausgedehntes Netz von Filialen errichteten, können sie sich jetzt kaum der zahlreichen und großen Einlagen erwehren ...

Man sieht, daß die fremden Gelder, die unvergleichlich rascher angewachsen sind als das eigene Aktienkapital mit den verschiedenen Rücklagen, einen unverhältnismäßigen Teil des gesamten, von den Banken verwalteten Geldes bilden. Diese Entwicklung ist aber nicht auf Wien beschränkt. Wir treffen sie auch bei den tschechischen Banken an, die, an Zahl geringer, an Bedeutung und Kraft den Wiener Großbanken gar nicht nachstehen. Auch bei ihnen stehen Hunderten von Millionen eigener Gelder Milliarden fremder Einlagen. Und nicht weniger schreiend ist das Bild der reichsdeutschen Bankentwicklung. Die acht Berliner Großbanken haben gegenüber dem Jahre 1916 zu Ende 1917 um 6 Milliarden Mark mehr fremde Gelder verwaltet, so daß ihnen nun 15½ Milliarden Mark zur Verfügung standen. So ist das Schwergewicht, das ursprünglich im Aktienkapital der Banken gelegen war, noch mehr in die Depots, in die fremden Gelder verlegt worden. Das moderne Bankwesen hat seit langem in erster Linie mit den Depots gearbeitet; die Ansammlung der fremden Gelder war ja eine der wichtigsten und interessantesten Erscheinungen im Leben der Banken. Aber in Kriegszeiten ist darin ein Wandel eingetreten oder — sagen wir — hat sich das Tempo der Entwicklung beschleunigt. Die Banken suchten früher das fremde Geld, um Geschäfte machen zu können. Die märchenhafte Geldfülle und Geldflüssigkeit der Kriegszeit hat es mit sich gebracht, daß man für die Ersparnisse Unterkunft sucht. Man legt sie in Banken ein, damit sie dort Zinsen tragen. Die Sorge um die Verwendung, und zwar um nutzbringende Verwendung des Kapitals, wird der Bank überlassen, die nun trachten muß, die erwarteten Zinsen hereinzubringen.

Ein Teil der von den besitzenden und vielfach auch von den erwerbenden Klassen erzielten Ersparnisse wandert in die Kriegsanleihen. Die Banken tun das ihrige dafür, und es hat sich ihnen ja auch verlohnt. In den Bilanzen erscheint der Posten der Provision für die Mitarbeit an den Kriegsanleihen nicht an letzter Stelle. Es ist ein klarer Beweis für die große Geldfülle in Deutschland, es ist ein Beweis dafür, daß die Banken gerne das Geld in ein anderes Bett lenken, daß von den 14,5 Milliarden Mark, die auf die achte, vorläufig letzte Kriegsanleihe gezeichnet wurden, noch vor dem ersten Zeichnungstermin und fünf Tage nach dem Zeichnungsschluß bereits 12000 Millionen Mark wirklich eingezahlt waren. Zudem die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft hat allen Grund, diese Kriegswirkung, diese unerwartete Stärkung des Kapitalismus genau im Auge zu behalten.

Denn die Banken sind sehr verständige Verwalter der fremden Gelder. Das zeigt sich in den Bilanzen ganz offenkundig. Denn trotzdem der wirkliche Gewinn wesentlich höher ist, stellt lächelnd der Reingewinn bloß eine etwa 10 v. H. Verzinsung der Gelder dar. Das Publikum kann mit dieser Verzinsung ganz zufrieden sein, das Publikum der Aktionäre nämlich; sie ist hoch genug, und sie ist, wenn man so sagen will, solchen Ursprungs. Die Banken haben aus ihrer Arbeit für die Kriegsanleihen Gewinn gezogen, sie haben aus der Verzinsung der von ihnen der Kriegsindustrie vorgestreckten Beträge Nutzen gehabt, sie haben aber vorerst aus den Erträgnissen der ihnen angeschlossenen Industrieunternehmungen reichlich gewonnen. Das zeigt ihnen den Weg zur Lösung des Problems, wie Zinsen für das ihnen zufließende fremde Kapital geschaffen werden sollen: Früher war ihnen die industrielle Betätigung ein vorteilhaftes Geschäft, jetzt ist sie für sie ein unabweisbares Gebot der Zwangslage. Das Bankkapital industrialisiert sich noch mehr. Die Bilanzen sprechen das klar aus. Es entstand eine Reihe ganz neuer Industrien, welche dem Mangel an verschiedenen Dingen, der infolge der Absperrung entstand, abhelfen sollte. Diese neue Industrien konnten nicht ohne Bankhilfe geschaffen werden. Alte Betriebe mußten vervollkommnet werden; ohne Bankkapital war dies nicht denkbar. Und so hat sich das Bankkapital immer mehr mit dem Industrieleben verwoben. Wie sehr man mit dem Fortschreiten auf dieser Bahn rechnet, kann man aus einer Mitteilung der Börsenpresse entnehmen, wonach nicht weniger als vierzig Gesuche um Konzessionierung weiterer Banken eingebracht worden sein sollen. Und noch ein zweites kann uns ein Bild des Einflusses des Bankkapitals auf die Industrie offenbaren: die Aktien der Industrieunternehmungen, die von Banken finanziert sind, werden an der Börse reißend abgesetzt. So kam es, daß auch Aktien, um die seit Jahr und Tag niemand gefragt hat, mit reichem Gewinn gehandelt wurden.

Was uns dies alles lehrt? Daß wir in der Zukunft noch viel mehr als bisher mit einer großen Finanzgewalt als unserem Gegner zu rechnen haben werden. Die Banken haben ihre Aktienkapitalien durchweg erhöht; wir haben jetzt fast lauter Riesengesellschaften mit weit über 100 Millionen Kronen Aktienkapital. Das ermöglicht eine Kraftentfaltung, wie sie Oesterreich nicht gekannt hat, wie es sie aber nach dem Kriege braucht. Die Banken haben die Kapitalien der ihnen angeschlossenen Industrieunternehmungen erhöht, so die Niederösterreichische Eskompte-Gesellschaft das der Poldihütte (um 6 Millionen Kronen), der Skoda-Ruston Maschinenfabrik (um 4 Millionen Kronen), der Simmeringer Waggonfabrik, der Vereinigten Elektrizitätsunternehmungen (um je 2 Millionen Kronen) usw. An uns ist es, dafür zu sorgen, daß wir den neuen Anforderungen und Möglichkeiten der Wirtschaftskämpfe gewachsen seien. Das vierte Kriegsjahr der Banke muß für uns eine eindringliche Aufrüttelung sein. Die Bilanzen zeigen uns das Bild der vollendeten Mobilisierung des Bankkapitals. Rauschender Reichtum hat dem Jahr den Stempel aufgedrückt. Arbeiter, seid auf der Hut!

Nach dem Jahre 1916 schrieb die **Frankfurter Zeitung**: „Zu den vielen Ueberraschungen, die uns die Kriegswirtschaft gebracht hat, gehört auch die Wirkung des Krieges auf das deutsche Bankwesen. Selbst der größte Optimist hätte niemals zu prophezeien gewagt, daß aus 2½ Jahren erbittertsten Kampfes unsere Bankinstitute kräftiger als je hervorgehen werden." Wir wollen uns durch das noch glänzendere Jahr 1917 nicht überraschen und irremachen lassen. Wir wollen die Kriegswirkung betrachten, wollen prüfen, wie sie auf unsere Kämpfe weiter wirken kann, und dann unsere Abwehr vorbereiten, unseren Verband stärken.

(Österreichischer Metallarbeiter.)

## Die Neuregelung der Lohnbeschlagnahme und ihre Wirkungen

Die Bundesratsverordnung vom 13. Dezember 1917 verfolgt den Zweck, den Empfängern von Arbeits- oder Dienstlohn und Ruhegeld über den Betrag von 2000 *M* (für das Jahr) hinaus noch ein gewisses Einkommen zu sichern. Der Angestellte hat nämlich ein Zehntel dieses überschießenden Betrages für sich als unpfändbar zu beanspruchen. Ist er verheiratet und hat er zum Beispiel drei Kinder, denen er bis zum 16. Lebensjahr Unterhalt gewähren muß, so ist für jeden Kopf ein weiteres Zehntel als unpfändbar zu erachten.

Nach dem Gesetz ist der Gläubiger nicht verpflichtet, dem Vollstreckungsgericht den Nachweis zu liefern, ob der Schuldner ledig, verheiratet oder sonstwie unterhaltungspflichtig ist. Für ihn genügt es, den Antrag auf Pfändung und Ueberweisung des Lohns oder Gehalts zu stellen, „soweit dieses Einkommen die Summe von 166,67 *M* für den Monat oder 38,47 *M* für die Woche übersteigt". Das Vollstreckungsgericht hat nur von Amts wegen zu prüfen, ob der Antrag zulässig ist. Selbstverständlich ist der Richter nicht ohne weiteres verpflichtet, dem Antrage stattzugeben. Hat er zum Beispiel schon einen Pfändungsbeschluß gegen den Schuldner erlassen, aus dem sich die Zahl der Familienmitglieder ergibt, dann wird er diese Kenntnis entsprechend zu dem neuen Antrag verwerten müssen. Er wird dann in zweckmäßiger Weise den Gläubiger veranlassen, seinen Antrag zu berichtigen, da der Richter diesen ja sonst ablehnen müßte. Häufig wird dem Gläubiger mehr damit gedient sein, überhaupt etwas zu bekommen.

Den wesentlichen Inhalt der Lohn- oder Gehaltspfändung bildet das **Zahlungsverbot**. Dieses Verbot kann der Gläubiger, der einen vollstreckbaren Schuldtitel gegen den Schuldner erlangt hat, schon vor der Pfändung ausbringen, indem er dem Schuldner und auch dem Arbeitgeber durch den Gerichtsvollzieher einen Schriftsatz zustellen läßt, inhaltsdessen die Pfändung bevorstehe. Dieser Schriftsatz muß jedoch zugleich folgende Aufforderung enthalten: 1) an den Arbeitgeber, daß dieser den gepfändeten Betrag nicht an den Schuldner zu bezahlen, 2) an den Schuldner, daß er sich jeder Verfügung, insbesondere der Einziehung des gepfändeten Betrages zu enthalten habe. Diese Benachrichtigung hat die Wirkung eines Arrestes, sofern die Pfändung innerhalb drei Wochen bewirkt und die Zustellung des Pfändungs- und Ueberweisungsbeschlusses an Schuldner und Arbeitgeber in dieser Frist erfolgt ist.

Die Pfändung verschafft somit dem Gläubiger ein Pfandrecht am Lohn und das Verbot stellt sich als ein gerichtliches Veräußerungsverbot dar. Die Lohnpfändung umfaßt auch den später fällig werdenden Lohn und sie gilt solange, bis die Forderung des Gläubigers getilgt worden ist. Die Wirkungen der Pfändung haben auch dann ihre Geltung, wenn die Pfändungsverbote verletzt worden sind. Erst wenn die Pfändung aufgehoben ist, verliert sie ihre Gültigkeit (Rechtsprechung der Oberlandesgerichte 7, 318; Ruland im Gewerbe- und Kaufmannsgericht 23, 127). — Aendern sich die Lohnverhältnisse nach der Zustellung des Pfändungsbeschlusses, so erweitert oder beschränkt sich die Pfändung nach Maßgabe der eingetretenen Aenderung vom Zeitpunkte ab, an welchem der Lohn fällig wird. Auf Antrag des Gläubigers oder Schuldners hat die Behörde, welche die Pfändung verfügt hat, den Pfändungsbeschluß zu berichtigen. Der Arbeitgeber kann, solange ihm eine Berichtigung nicht zugestellt worden ist, nach Maßgabe der bisherigen Pfändung mit befreiender Wirkung leisten, das heißt er kann, wenn er zum Beispiel mehr auszahlte, als eigentlich gepfändet werden konnte, dieserhalb nicht schadenersatzpflichtig in Anspruch genommen werden. Auch Familienereignisse, wie Familienzuwachs, Tod eines Familienmitgliedes, können die Berichtigung des Pfändungsbeschlusses notwendig machen.

Die Ueberweisung ist auch dann rechtsgültig, wenn sie mit Unrecht erlassen wurde, und sie bleibt zugunsten des Arbeitgebers dem Angestellten gegenüber solange rechtsbeständig, bis sie auf einen gestellten Antrag gerichtsseits aufgehoben wird und diese Aufhebung auch zur Kenntnis des Arbeitgebers gelangt. Der Schuldner ist verpflichtet, dem Gläubiger die zur Geltendmachung der Forderung nötige Auskunft zu erteilen und etwaige Urkunden über sie ihm auszuhändigen. Ueberwiesen wird die gepfändete Forderung, infolgedessen ist der Arbeitgeber berechtigt, falls der gepfändete Lohnanteil bei ihm nicht rechtzeitig abgehoben wird, ihn dem Gläubiger auf dessen Kosten durch die Post zugehen zu lassen. Die Uebersendungskosten hat lediglich der Schuldner zu tragen, denn diese Kosten sind keine Bringeschuld im Sinne des § 270 des Bürgerlichen Gesetzbuches, sondern sie stellen sich als ein Anteil der Zwangsvollstreckungskosten dar. Verzögert der Gläubiger die Beitreibung der überwiesenen Schuld, so haftet er dem Schuldner für den hieraus entstandenen Schaden. Zu anderen Verfügungen, wie Erlaß, Vergleich, Stundung, ist der Pfandgläubiger nicht berechtigt.

Die erwähnte Bundesratsverordnung hat seit dem 20. Dezember 1917 Gültigkeit; sie findet, seitdem die Pfändbarkeit des Lohns beschränkt worden ist, auch auf vor diesem Tage ergangene Pfändungen Anwendung. Deshalb kann der Schuldner jederzeit die Berichtigung eines früher ergangenen Pfändungsbeschlusses beantragen. Dr. R.

## Unser Verband in der 197. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die **Mitgliederbewegung** und **Arbeitslosigkeit** im Verband während der 197. Kriegswoche ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Trotz erfolgter Mahnung sind Berichte hierzu nicht eingegangen von den Verwaltungstellen: Köslin, Blankenburg a. H., Gotha, Ilmenau, Schmalkalden, Sömmerda, Osterholz-Scharmbeck, Uetersen, Wedel-Schulau und Neustadt a. d. H.

**Übersicht über die Zeit vom 5. bis zum 11. Mai 1918.**

| Bezirk | Verwaltungstellen haben berichtet ja | nein | Mitgliederzahl zu Anfang der Woche* | Davon vom Heer entlassen | Mitgliederabgang überhaupt | Davon zum Heer eingezogen | Mitgliederzahl am Schlusse der Woche | Davon arbeitslos | Vom Hundert | Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung ℳ |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| 1. | 31 | 1 | 11040 | 29 | 62 | 20 | 10978 | 3 | 0,03 | — |
| 2. | 32 | — | 14786 | 7 | 87 | 20 | 14699 | 16 | 0,11 | 109 |
| 3. | 33 | — | 11763 | 9 | 68 | 26 | 11695 | 15 | 0,13 | 135 |
| 4. | 50 | — | 51317 | 72 | 309 | 86 | 51008 | 121 | 0,24 | 754 |
| 5. | 74 | 5 | 41519 | 58 | 301 | 161 | 41218 | 33 | 0,08 | 233 |
| 6. | 39 | 3 | 41442 | 48 | 223 | 51 | 41219 | 34 | 0,08 | 167 |
| 7. | 34 | — | 73768 | 46 | 529 | 108 | 73239 | 12 | 0,02 | 86 |
| 8. | 30 | — | 28979 | 26 | 252 | 42 | 28727 | 3 | 0,01 | 11 |
| 9. | 48 | 1 | 52226 | 59 | 660 | 377 | 51566 | 25 | 0,05 | 31 |
| 10. | 37 | — | 35365 | 40 | 313 | 38 | 35052 | 54 | 0,15 | 320 |
| 11. | 1 | — | 71258 | 70 | 87 | 87 | 71171 | 255 | 0,36 | 966 |
| Zus. | 409 | 10 | 433463 | 464 | 2891 | 1016 | 430572 | 571 | 0,13 | 2812 |

* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugereisten, Neuaufgenommenen und vom Heer Entlassenen.

In der Berichtswoche wurden (außer Berlin) 4031 neue Mitglieder aufgenommen. 552 Mitglieder wurden mehr zum Heer eingezogen als entlassen.

6781 Mitglieder = 1,57 v. H. waren **krank** gemeldet, an die 43594 *M* Unterstützung ausbezahlt wurden.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

**Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 2. Juni der 23. Wochenbeitrag für die Zeit vom 2. bis 8. Juni 1918 fällig ist.**

*

**Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:**

| Verwaltung | Für die Mitglieder der Beitragsklasse: I (wöchentlich) | II | III | Beginn der Beitragserhöhung |
|---|---|---|---|---|
| Darmstadt . . . . . | 20 | 15 | 10 | 1. Juni. |

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

*

**Aufforderung zur Rechtfertigung.**

Das nachfolgend genannte Mitglied wird aufgefordert, sich wegen der gegen ihn beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimaligen Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Ingolstadt**:

Die Arbeiterin **Walpurga Wardt**, geb. am 22. Sept. 1890 zu Amberg, Mitgliedschafts-Ausweis Nr. 139963, wegen Unterschlagung.

*

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: **An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16, 1.**

Geldsendungen, die nicht auf das Postscheckkonto, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: **Theodor Werner, Stuttgart, Rötestraße 16, 1.**

Bei allen Geldsendungen, sei es mit Zahlkarte oder Postanweisung, genügt nicht der Stempel der Verwaltungstelle als Absender, sondern es müssen Name, Wohnort, Straße und Hausnummer des Absenders auf der Vorderseite des Abschnitts angegeben werden, während auf seiner Rückseite genau zu vermerken ist, wofür das Geld verbucht werden soll.

Bei Geldsendungen an örtliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

## Berichte

### Metallarbeiter.

**Hannover-Linden.** In unserer letzten Generalversammlung erstattete Kollege **Fenske** den Geschäftsbericht für 1917. Nach einem Rückblick auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse, die sich unter dem Druck der unaufhörlichen Verteuerung aller Bedarfsartikel außerordentlich verschärften, und besonders von den Arbeiterfamilien am schmerzlichsten empfunden wurden, schilderte er, wie sich auch in der Hannoverschen Metallindustrie die Unternehmer durch Erzielung hoher Kriegsgewinne schadlos gehalten haben, so daß sie von der allgemeinen Lebensnot nicht berührt wurden. Das zeigte sich augenfällig in der **Erhöhung der Dividenden und den riesigen Abschreibungen** verschiedener Aktiengesellschaften. Ein Rückgang der hohen Gewinne ist fast nirgendwo zu verzeichnen gewesen. Es konnten wie im Vorjahre Dividenden bezahlt: Körting 10, Hackethal 22, Hannoversche Waggonfabrik 20, Telephonfabrik A.-G. 25, Hanomag 30 und Continental ebenfalls 30 v. H. Das Lindener Eisen- und Stahlwerk zahlte ebenfalls wieder 30 v. H. Dividende und außerdem 200 *M* Prämie. Das Eisenwerk Wülfel erhöhte die Dividende von 12 auf 15 v. H., und die Zentralheizungswerke schütteten statt 16 jetzt 20 v. H. aus. Die Telephonfabrik erhöhte außerdem noch ihr Aktienkapital von 5 auf 7½ Millionen Mark. Nur die Hannoversche Eisengießerei erhöhte aus

unbekannten Gründen ihr Verlustkonto laut Bilanz um 30 000 M auf 614 631 M. Selbstverständlich geben diese Dividendenzahlen nicht einmal den wirklichen Gewinn der Werke. Unter dem Druck der riesigen Verteuerung aller Bedarfsartikel war es erst recht erklärlich, daß auch die Metallarbeiter an den von ihnen geschaffenen Gewinnen entsprechend teilnehmen wollten und in einer Anzahl von Lohnbewegungen eine Erhöhung ihrer Verdienste erstrebten und auch erzielten. Soweit die Ergebnisse der von der Ortsverwaltung angestellten Ermittlungen vorliegen, betrugen die Lohnerhöhungen im Jahre 1917 für 6914 Arbeiter 2 957 684 M, oder durchschnittlich für 1 Arbeiter 427,78 M, für 1 Arbeiter in 1 Woche 8,22½ M, und für 1 Arbeiter in 1 Stunde 15 ₰. Für 450 Arbeiterinnen betrugen die Lohnerhöhungen im Jahr 80 735 M, für 1 Arbeiterin im Jahr durchschnittlich 179,41 M, für 1 Arbeiterin in 1 Woche 3,45 M und für 1 Arbeiterin in 1 Stunde 6 ₰. Außerdem erhielten 1532 Arbeiter eine Lohnerhöhung von 655 236,40 M. Zusammen haben also die Lohnerhöhungen im Jahre 1917 für zusammen 8446 Arbeiter und 450 Arbeiterinnen rund 3 694 000 M betragen — ein verhältnismäßig guter Gewinn der planvoll durchgeführten Lohnbewegungen. Auch im neuen Jahr 1918 sind bereits in einigen Bewegungen Erfolge erzielt worden. Die Frauenarbeit in der hiesigen Metallindustrie hat auch im Berichtsjahr nicht nachgelassen. In 39 Betrieben mit Arbeiterausschüssen wurden rund 8000 Arbeiterinnen gezählt. In den Verband neu aufgenommen wurden im Jahre 1917 hiervon nur 1261, allerdings rund 600 mehr als im Jahre 1916. Die Organisation der Arbeiterinnen stößt immer noch auf die bekannten Schwierigkeiten. Die Aufklärungsarbeit ist nicht leicht und der Wechsel ein starker. Fenske schilderte dann die verbesserungsbedürftigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der internierten ausländischen Arbeiter. Wo sie konnte, griff die Ortsverwaltung helfend ein und fand beim Generalkommando bei Vorstellungen auch Entgegenkommen. Nach wie vor beschäftigte sich die Ortsverwaltung mit der Ernährungsfrage und richtete ihr Augenmerk auf die Verteilung der Lebensmittel in den Betrieben. Die Arbeiterausschüsse sollen die Verteilung kontrollieren. Es sind jetzt Industrieverteilungsstellen eingerichtet, in denen die Arbeiterschaft ebenfalls ihre Vertreter hat. Diese Stellen haben vor allem die Pflicht, durch die gesetzliche Zuweisung von Lebensmittel dem ungesetzlichen Schleichhandel der Betriebe vorzubeugen. — Auch über Kohlenmangel wurde im verflossenen Jahre geklagt. Das Hilfsdienstgesetz wurde durch richtige Ausführung und Anwendung seiner Bestimmungen für die Arbeiter so nutzbar wie möglich gemacht. In den Einberufungsausschüssen haben die Arbeitervertreter gut gearbeitet und auf die Verbesserung der Lohnverhältnisse geachtet. Dorthin, wo keine angemessenen Löhne gezahlt wurden, wurde nicht vermittelt. Durch die beiden Schlichtungsausschüsse in Linden und Hannover wurde für die Arbeiter manches erreicht. Die beiden Ausschüsse sind jetzt vereinigt worden. Die Arbeiterausschüsse in den Betrieben haben bei den Unternehmern dadurch Einfluß gewonnen, daß laut ministerieller Verfügung die in geheimer Sitzung zu wählenden Obmänner der Regierung namentlich bekanntgegeben werden müssen. In den 41 Betrieben, in denen der Metallarbeiter-Verband zuständig ist und Arbeiterausschüsse gewählt wurden, ist folgendes Ergebnis erzielt worden: Betriebe, wo gelbe Werkvereinler in Frage kamen und eine Liste aufgestellt hatten, gab es 10. In diesen 10 Betrieben wurden als Ausschußmitglieder gewählt 178 Gewerkschaftsmitglieder und 11 Werkvereinler, als Ersatzleute 151 Gewerkschaftsmitglieder und 27 Werkvereinler, zusammen 229 Gewerkschaftsmitglieder und 38 Werkvereinler. In den übrigen 31 Betrieben kamen Werkvereinler nicht in Frage. Gewählt wurden als Ausschußmitglieder 165 Gewerkschaftsmitglieder und 2 Unorganisierte, als Ersatzleute 322 Gewerkschaftsmitglieder und 8 Unorganisierte, zusammen 487 Gewerkschaftsmitglieder und 10 Unorganisierte. Das Gesamtergebnis war: 716 Ausschußmitglieder und Stellvertreter aus den Gewerkschaften, 38 aus den Werkvereinen und 10 Unorganisierte. In all den Ausschüssen muß gute Vorarbeit für das im Reichstage zur Beratung stehende Arbeitskammergesetz geleistet werden. Die Unternehmer versuchen zwar, den Arbeitervertretern Schwierigkeiten zu bereiten, um so mehr müssen die Arbeiter geschlossen, einig und vertrauensvoll hinter ihren Ausschußmitgliedern stehen. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung wird von der Ortsverwaltung nach wie vor scharf im Auge behalten. Eine Verkürzung muß allgemein gefordert werden. Voraussetzung ist die Beseitigung der bei der heutigen mangelhaften Ernährung erst recht ruinierenden Ueberstundenarbeit. Vor allem muß die gesundheitsschädliche Nachtarbeit der Jugendlichen und Frauen bekämpft werden. — Fenske begründete noch kurz die ablehnende Stellung des Gewerkschaftskartells gegen die Sommerzeit und gab zum Schluß eine Uebersicht über die in der Verwaltungstelle während des verflossenen Jahres geleistete Arbeit. — Kollege Pabst erstattete hierauf den Kassenbericht für das Jahr 1917. Die Einnahmen der Hauptkasse stiegen um 23 857 M von 148 000 auf 172 000 M. Die Ausgaben fielen um 700 M von 1700 M auf rund 1000 M. Die Krankenunterstützungen stiegen um 12 000 M von 13 000 auf 25 000 M. An die Hauptkasse wurden 100 000 M abgesandt. Gesamteinnahmen und -ausgaben schlossen mit 172 236 M ab. — Das Vermögen der Lokalkasse stieg einschließlich 30 000 M, die an die „Solidarität" verliehen sind, von 66 000 auf 99 000 M. 18 000 M wurden dem Hilfsfonds für Weihnachtsunterstützungen überwiesen. Der Hilfsfonds hatte Anfang 1917 einen Bestand von 2149,50 M, dazu 23 185,75 M Einnahme, davon ab 20 903,47 M Ausgabe, so daß Ende 1917 ein Kassenbestand von 4431,78 M verblieb. In 1693 Fällen wurde Unterstützung gezahlt, davon in 76 Fällen zusammen 1140 M Unterstützung bei Schulentlassung, und in 1579 Fällen 18 097 M Weihnachtsunterstützung. Der Hilfsfonds hatte seit Bestehen 114 713 M Einnahme und 110 281,22 M Ausgabe, so daß 4431,78 M Bestand verblieb. Aus der Mitgliederbewegung sei hervorgehoben, daß die Zahl der Mitglieder von 4430 am 31. Dezember 1916 um 1650 auf 6080 am 31. Dezember 1917 gestiegen ist. Die Jugendabteilung zählte am Ende des Jahres 470 Mitglieder. An die beiden Berichte schloß sich eine Aussprache, in der besonders Anregungen gegeben wurden, wie eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen und die so schädliche Ueberstundenarbeit zu beseitigen ist.

**Solingen.** Die am 5. Mai abgehaltene von 176 Kollegen besuchte Kreisversammlung ehrte zunächst durch Erheben von den Sitzen die in letzter Zeit gefallenen Kollegen. Den Kassenbericht erstattete Kollege Rapp. Er bemerkte dazu, daß wir verhältnismäßig sehr hohe Summen als Krankenunterstützung zahlen müßten. Ebenfalls hätten wir ungewöhnlich viele Sterbefälle. Der Wechsel, besonders unter den weiblichen Mitgliedern, sei zu stark. Hier müsse versucht werden, Wandel zu schaffen. Die Entlastung des Kassiers wird einstimmig beschlossen. — Beim Geschäftsbericht verwies Kollege Rapp zunächst auf ein von ihm am 20. Oktober 1917 an das Generalkommando des 7. Armeekorps in Münster gerichtetes Schreiben, das sich mit der Lage in der Metallbranche im Solinger Kreise beschäftigte, um durch Unterlagen das Generalkommando über Mißstände in hiesigen Betrieben aufzuklären. Zum Schluß wurden in diesem Schreiben Vorschläge gemacht, die ein gedeihliches Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern für die Zukunft ermöglichen sollten. Auf dieses Schreiben sei bisher keine Antwort eingegangen. Weiter behandelt Rapp die in der letzten Kreisversammlung besprochene Statistik. Diese zeige ein wenig erfreuliches Bild. Redner erinnert an den in früheren Kreisversammlungen gefaßten Beschluß, wonach die Kollegen verpflichtet sind, ihre Hilfskräfte dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zuzuführen. Aber nicht allein die Hilfskräfte, sondern auch die Söhne und Töchter — soweit diese gewerblich beschäftigt sind — müßten der Organisation zugeführt werden. Der Bewegung zur Einführung der durchgehenden Arbeitszeit sei viel zu wenig Beachtung geschenkt worden. Eine Anzahl Unternehmer hätten sich über seine Tätigkeit beim Generalkommando in Münster beschwert. In der nächsten Woche würde wahrscheinlich eine Sitzung mit den Unternehmern stattfinden, um eine Verkürzung der Arbeitszeit für das ganze rheinisch-westfälische Industriegebiet herzuführen. Dem Beschluß der letzten Kreisversammlung, die beiden sozialdemokratischen Reichstagsfraktionen aufzufordern, für die Einführung einer Reichsarbeitslosenunterstützung energisch tätig zu sein, sei nachgekommen worden. Unserem Vorstand sei jedoch vor kurzem mitgeteilt worden, daß die Einführung einer solchen Einrichtung nicht möglich sei. Um Klarheit darüber zu schaffen, welche Abzüge bei den heutigen hohen Preisen für Berufskleidung usw. bei der Veranlagung zur Steuer zulässig sind, hat eine Besprechung bei dem Vorsitzenden der Steuerveranlagungskommission stattgefunden. Es wurde festgelegt, daß Former 500 M, alle anderen Feuerarbeiter 400 M in Abzug bringen können. Dies seien Mindestsätze, ein höherer Verbrauch muß nachgewiesen werden. Für die anderen Berufe bleiben die alten Sätze bestehen, jedoch soll auch hier eine Stufe nachgelassen werden. Eine Versammlung der Former faßte den Beschluß, wegen Einführung der Lohnarbeit in sämtlichen Gießereien in Verhandlungen mit den Unternehmern zu treten. Eine Antwort auf ein diesbezügliches Schreiben ist bisher vom Arbeitgeberverband nicht gegeben worden. In einer Sitzung mit Vertretern des Generalkommandos mußten wir uns unter anderm auch mit der Firma Gebr. Krusius (Mangenberg) befassen. Die Firma zieht einigen dort beschäftigten Nickelpolierern 25 v. H. für Material ab. Dieses ist nach dem ganz klaren Wortlaut der zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen getroffenen Vereinbarungen nicht zulässig. Da sich die Firma weigert, ihren Verpflichtungen nachzukommen, haben wir auf Veranlassung des Generalkommandos die Angelegenheit dem Schlichtungsausschuß unterbreitet. Dieser hat sich — im Gegensatz zu der Auffassung der Firma Krusius — für zuständig erklärt und wird in nächster Zeit einen Schiedsspruch fällen. In einem Berichte über die fragliche Sitzung des Schlichtungsausschusses benützt nun das Solinger Tageblatt die Gelegenheit, den Deutschen Metallarbeiter-Verband und Industriearbeiter-Verband gegeneinander auszuspielen, indem sie von einem Vorpostengeplänkel gegen die Vergleichskammern fabelt. Durch den Eintritt in die Tarifbewegung der Schlosser sollen wir den Burgfrieden gestört haben. In Wirklichkeit haben die willkürlich gezahlten Löhne zu der Tarifbewegung geführt. Auch unsere Angaben über die Löhne der Schlosser sollen unrichtig sein. Diese Auffassung wird dadurch entstanden sein, daß die Angaben der Unternehmer ein paar Monate später gemacht worden sind und unterdessen die Löhne der Schlosser durch den Eintritt in die Bewegung zum Teil bedeutend aufgebessert wurden. Die Bestimmung des Bundesrates über die Bezahlung der Ausfalltage muß als nicht besonders glücklich bezeichnet werden. Jedenfalls wäre eine Regelung dieser Angelegenheit für die Arbeiter besser gewesen, wenn sie in der wie hier in Solingen beabsichtigten Weise erledigt worden wäre. Bemerkenswert sei es übrigens, daß, wenn es sich um die Bezahlung der Ausfalltage handle, die meisten Unternehmer keinen kriegswichtigen Betrieb besitzen wollen. Handelt es sich aber um die Erteilung des Abkehrscheines, dann sind alle Betriebe kriegswichtig. Zum Schluß forderte Rapp auf, an der Ausbreitung unserer Organisation nach Kräften mitzuarbeiten. An den Unternehmern könne man sich ein Beispiel nehmen, diese verständen es ausgezeichnet, ihre Macht auszunutzen. — In der Aussprache erklärte sich Kollege A. Wieden im allgemeinen mit Rapp einverstanden. Die Frage der Arbeitslosenversicherung sei eine Machtfrage. Nach dem Kriege würden wir genug an den Zinsen zu tragen haben. Wegen der Organisierung der Hilfskräfte müsse der Beschluß der Walder Kreisversammlung streng durchgeführt werden. Für die Ausbreitung unserer Organisation müsse mehr wie bisher getan werden. — Kollege Stiemke wundert sich nicht über die geschilderten Zustände. Er verlangt ein besseres Ausbauen unseres Vertrauensmännersystems, auch weibliche Mitglieder müßten als Vertrauenspersonen herangezogen werden. Der Burgfrieden sei für die Unternehmer nicht da. Als Gegengewicht gegen diese müsse die Organisation gestärkt werden. Mit dem Verhalten des Vorstandes ist Redner nicht einverstanden. Dieser gehöre mit den Bürgerlichen in einen Topf. Schlicke gehe mit den Unternehmern durch dick und dünn. — Es liegt ein Antrag vor, den Artikel in Nr. 10 der Metallarbeiter-Zeitung vom 9. März 1918: „Ihr selbst sollt entscheiden" zur Diskussion zu stellen und einen ausführlichen Bericht über die Kreisversammlung in der Metallarbeiter-Zeitung zu veröffentlichen. Der Artikel mit folgender mittlerweile eingebrachter Resolution wurde zur Diskussion gestellt: „Die Kreisversammlung vom 5. Mai 1918 erhebt schärfsten Protest gegen die Schreibweise der Met.-Ztg, insbesondere gegen den Aufruf des Hauptvorstandes in Nr. 10 der Met.-Ztg.: „Ihr selbst sollt entscheiden!" Die versammelten Kollegen sind der Ansicht, daß durch diese Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung der Klassencharakter der freien Gewerkschaften vollkommen preisgegeben worden ist. Die Versammlung ist der Ueberzeugung, daß durch den Krieg die Klassengegensätze nicht ausgeglichen sind, sondern sich verschärft haben und entscheidet sich aus diesem Grunde gegen eine Harmonie zwischen Arbeit und Kapital. Entgegen der Verschleierungstaktik des Hauptvorstandes gelobt die Versammlung, mit aller Kraft dafür einzutreten, daß der Klassenkampfcharakter in den Gewerkschaften voll und ganz zur Geltung kommt." Kollege Otto Schulten beantragt zu dieser Resolution folgenden Zusatz: „Die Versammlung fordert ferner die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung. Gründe anzugeben hält sie nicht für notwendig, es sind mehr wie genügend vorhanden und auch in der Presse besprochen worden." — Die Resolution mit dem Zusatz Schulten wird bei einigen Stimmenthaltungen angenommen.

## Rohrleger.

**Berlin.** Arbeitsnachweisbericht für März 1918.

| Berufe | Arbeitslos waren am 1. März 1918 | Arbeitslos gemeldet haben sich vom 1. bis s. 31. März 1918 | In Arbeit wurden vermittelt vom 1. bis s. 31. März 1918 | Arbeitslos waren noch am 31. März 1918 |
|---|---|---|---|---|
| Gas- u. Wasser-Rohrleger | 1 | 28 | 26 | — |
| Helfer | — | 50 | 44 | 2 |
| Heizungs-Monteure | — | 11 | 11 | — |
| Helfer | 2 | 17 | 17 | — |
| Zusammen | 3 | 106 | 98 | 2 |

— Arbeitsnachweisbericht für April 1918.

| Berufe | Arbeitslos waren am 1. April 1918 | Arbeitslos gemeldet haben sich vom 1. bis s. 30. April 1918 | In Arbeit wurden vermittelt vom 1. bis s. 30. April 1918 | Arbeitslos waren noch am 30. April 1918 |
|---|---|---|---|---|
| Gas- u. Wasser-Rohrleger | — | 30 | 26 | 2 |
| Helfer | 2 | 66 | 57 | 4 |
| Heizungs-Monteure | — | 2 | 2 | — |
| Helfer | — | 25 | 21 | 2 |
| Zusammen | 2 | 123 | 106 | 8 |

# Rundschau

### Reichstag.

Während der letzten Sitzungen des Reichstags hat nicht dessen vielseitige Arbeit, sondern der Kampf um das gleiche Wahlrecht im preußischen Abgeordnetenhaus die politisch denkenden und fühlenden Deutschen beschäftigt. Die preußischen Junker und die von dem engstirnigen Lohmann geführte Hälfte der nationalliberalen Partei haben es fertig gebracht, in der dritten Lesung der Wahlrechtsvorlage die entscheidende Bestimmung (gleiches Wahlrecht) und alle zu ihr gestellten Verschlechterungsanträge (Mehrstimmenrechte) so gründlich abzulehnen, daß nur noch ein Trümmerfeld vorhanden ist; lediglich die vom reaktionären Flügel des Zentrums erfundenen „Sicherungen" — namentlich eine Verewigung der jetzigen Wahlkreiseinteilung — sind angenommen worden, dank dem unglaublichen Verhalten jener sogenannten Nationalliberalen, die nie liberal waren und an einer unheilbaren Sucht leiden, ihr dürftiges Klasseninteresse für das Nationale zu halten. Es ist, wie wenn eine Kuh im Porzellanladen Walzer getanzt hätte, um die Sachlage volkstümlich zu schildern.

Das erste Gefühl, das sich in jedem natürlich empfindenden Menschen bei Betrachtung dieser Dinge auslösen muß, ist das einer grenzenlosen Empörung und ungeheursten Verachtung für jene bevorrechteten Kreise unseres Volkes, die in Herzensroheit und skrupelfreier Geschäftstüchtigkeit in dieser Zeit unmeßbarer Volksopfer ihr Spiel in der Weise glauben spielen zu dürfen. Kein übergeschnappter Anarchist hat je das Kapitel von der Klassenherrschaft und dem Klassenkampf mit schrillen Phrasen so einleuchtend den Volksmassen predigen können, als wie es jetzt die Heydebrand und die Lohmann getan haben. Menschen von dieser Art sind jeder Belehrung unzugänglich; sie lernen nichts aus der Geschichte und lassen sich von keinem Mitlebenden etwas sagen: ihr kümmerliches „Ich" steht ihnen — wenn sies auch leugnen oder tatsächlich gar nicht wissen — im Mittelpunkt des Weltgeschehens; ihr bischen religiöse oder philosophische Schulung reicht gerade aus, um ihnen das Phrasengerüst für die Verhüllung ihres jeder Beschreibung spottenden Egoismus zu liefern.

Wie gesagt: wenn man diese Männer an ihrem Werk sieht, dann ist man zunächst ein Opfer der aufsteigenden Empörung. Aber in der Politik soll das Gefühl grundsätzlich auf den zweiten Platz verwiesen und immer der Kontrolle des Verstandes unterstellt werden. Wenn wir uns nun ganz gelassen an eine verstandesmäßige Prüfung der Dinge in Preußen machen, so ergibt sich, daß trotz dem zweifellos recht schwächlichen Verhalten der Regierung und der zu allerhand Mißtrauen Anlaß gebenden Taktik des Zentrums für Pessimismus kein Raum ist. Wer unter uns zweifelt denn daran, daß das gleiche Wahlrecht in Preußen, allen Mücken und Tücken der Bevorrechteten des Geldsackwahlrechts zum Trotz, in kurzer Zeit Wirklichkeit sein wird? Wir werden in Preußen das gleiche Wahlrecht bekommen, einfach weil sonst der Staat an dem klaffenden Widerspruch zwischen formalem und tatsächlichem Recht zerbrechen wird. Das wissen sogar viele von denen um Heydebrand, die nicht alle so begriffsstutzig und so kleinlich sind, wie der ganz unmögliche „ungekrönte König von Preußen". Mehr als bedauerlich ist es freilich, daß die Regierung die Bosheit der Heydebrand und Lohmann bei der dritten Lesung ihrer Vorlage nicht mit sofortiger Auflösung des bockigen Landtages beantwortet hat. Sie war aber wohl in ihren Entschließungen nicht ganz frei, sondern beeinflußt von militärischen Stellen, die zur Zeit der ganz besonders großen Beanspruchung der physischen und moralischen Kräfte unseres Heeres durch eine große Offensive im Westen die Aufregungen eines sicherlich sehr lebhaften und vielleicht auch erbitterten Wahlkampfes hinter der Front zu vermeiden wünschten. Mag dem sein, wie ihm wolle: aufgeschoben ist nicht aufgehoben! Wir werden wohl nicht darum herumkommen, dem eisenstirnigen Junkertum und seinen kapitalistischen Trabanten noch auf dem Boden des Dreiklassenwahlwahlrechts jene vernichtende Niederlage zu bereiten, die mit der politischen Ohnmacht den Unterliegenden auch den Ausdruck aufrichtiger Verachtung ihrer Besieger übermittelt. „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Verblendung."

Wie wenig die Reaktionären die Zeichen der Zeit verstehen, erkennt man bei einem Blick auf die Reichsangelegenheiten. Wir haben hier schon kurz auf die Steuervorlagen hingewiesen, die das Gebiet der indirekten Steuern „abschließend behandeln" sollen. Die Regierung scheint wirklich geglaubt zu haben, sie könne der Volksvertretung zumuten, Verkehr und Verzehr mit gewaltigen Lasten zu belegen und sich im übrigen mit billigen Versprechungen einer künftigen Besteuerung des Besitzes abspeisen zu lassen. Sie hat sich darin gründlich getäuscht und ihre Täuschung mit behendem Eifer schnell eingestanden. Ein Zweifel daran, daß die von der Reichsregierung vorgeschlagenen Steuern überwiegend den breiten Massen zur Last fallen würden, ist gar nicht möglich. Deshalb haben sich die Mehrheitsparteien des Reichstags zusammengetan und in einem gemeinsamen Antrag vorgeschlagen, neben die Massenbelastung eine kräftige Heranziehung des Einkommens und des Besitzes (unter Schonung der niedrigeren Stufen bei beiden) zu setzen. Reichssteuer auf alle Einkommen von 20 000 M aufwärts mit Sätzen von 3 bis 25 v. H., dazu besonders scharfe Besteuerung des im Kriege zu verzeichnenden etwaigen Mehreinkommens (Sätze von 5 bis 50 v. H.) und endlich zu beiden als Ergänzung eine Vermögenssteuer von 1 bis 3 vom Tausend, das ist in den Grundzügen der Plan der Parteien. Die Sozialdemokratie hat noch überdies den weitgehenden Ausbau der bereits bestehenden Reichserbschaftssteuer beantragt.

Jetzt hebt nun ein gewaltiger Männerkampf an. Die einzelstaatlichen Finanzminister eilten sofort nach Berlin, um Himmel und Hölle für das Reservat der direkten Besitzsteuern in Bewegung zu setzen. Aber die Reichsbesteuerung des Mehreinkommens haben doch auch sie ohne ernsten Widerspruch schon zugestehen müssen; anderes wird folgen. Es ist wirklich bedeutungsvoll, daß die allem Zentralismus so abholde, ja geradezu partikularistisch gesonnene Zentrumspartei dem Mehrheitsantrag durch den an erster Stelle stehenden Namen ihres Führers Gröber die ganz besondere Bedeutung lieh.

### Weniger Brot!

Unsere Kollegen und Kolleginnen werden sich erinnern, daß schon vor etlichen Wochen in der Presse Nachrichten von „unterrichteter Seite" auftauchten, wonach es noch nicht gewiß sei, daß vor Beginn der neuen Ernte in Deutschland die tägliche Mehlmenge gekürzt werden müsse. Ob dies geschehen müsse oder nicht, hänge hauptsächlich von den Getreidemengen ab, die in der Ukraine lagern. Dort solle ja Getreide in Hülle und Fülle vorhanden sein und der Friedenschluß mit der Ukraine wurde bekanntlich als „Brotfriede" bezeichnet, weil er den Mittelmächten Getreidezufuhren und damit auch das Durchhalten ermöglichen sollte. Diese Zuversicht wurde bald stark geschwächt durch die politischen Ereignisse in der Ukraine und es folgten nun die Nachrichten in der Presse, die die Bevölkerung allmählich auf die Kürzung der täglichen Mehlmenge vorbereiten sollten, selbstverständlich zu dem Zwecke, eine Beunruhigung des Volkes möglichst zu vermeiden. Am 16. Mai teilte dann das Kriegsernährungsamt mit, daß vom 16. Juni an die tägliche Mehlmenge von 200 auf 160 Gramm herabgesetzt werden müsse. Die Erhöhung auf den alten Stand werde erfolgen, sobald genügend Zufuhren aus der Ukraine vorhanden seien, spätestens aber, wenn der Frühdrusch aus der diesjährigen heimischen Ernte die Bestände der Reichsgetreidestelle aufgefüllt habe.

Das Kriegsernährungsamt läßt der Bevölkerung also reichlich vier Wochen Zeit, sich mit dem Gedanken an die Mehl- und Brotkürzung vertraut zu machen. Es ist ja möglich, daß es gelingen wird, eine größere Beunruhigung zu vermeiden, wenigstens diesmal. Ob es in künftigen derartigen Fällen auf dieselbe Weise sich wieder wird ermöglichen lassen, dafür möchten wir uns nicht verbürgen. Wir fürchten im Gegenteil, daß die ersten Nachrichten von solchen Kürzungen der notwendigsten Nahrungsmittel trotz aller Ableugnungsversuche tiefe Beunruhigung hervorrufen werden.

Wir hatten ja schon im vorigen Jahre eine solche Kürzung. Damals gab es aber etwas mehr Fleisch. Das ist in diesem Jahre nicht möglich. Statt dessen soll es etwas mehr Zucker und andere Nährmittel — besonders Dörrgemüse — geben. Mit dem bisher

freigegebenen Dörrgemüse hat nun aber mancher schon unangenehme Erfahrungen gemacht. Aber selbst wenn künftig nur gutes Dörrgemüse zum Verkauf gestellt wird, so wird es wenig nützen, solange wir noch mit dem Fett so knapp gehalten werden. Und der Zucker? Vor kurzem wurde bekannt gemacht, daß es weniger Einmachzucker geben soll als es im vorigen Jahre gab. Da hat man es leicht, den Zuckeranteil nachträglich zu „erhöhen". Nun ist aber in den ersten Tagen des Mai eine Nachricht durch die Presse gegangen, die der „beschränkte Untertanenverstand" einfach für unmöglich halten müßte. Es ist aber noch keine Berichtigung erfolgt. Es handelte sich um die Besichtigung von zwei Leipziger Marmeladenfabriken durch behördliche Persönlichkeiten. Bei dieser Gelegenheit hielt Dr. Bovenschen, Abteilungsvorsteher der Reichsstelle für Gemüse und Obst, einen Vortrag über die Marmeladeversorgung und sagte nach einem Bericht in den Leipziger Neuesten Nachrichten unter anderm folgendes:

„Mit der Marmeladenfabrikation hängt eng die deutsche Zuckerfabrikation zusammen. Im vorigen Frühjahr seien von 341 Zuckerfabriken 338 Millionen Zentner Zuckerrüben verarbeitet worden, aus denen 54 Millionen Zentner Rohzucker gewonnen wurden. Für diese ungeheure Erzeugung war der deutsche Markt nicht aufnahmefähig, weshalb ein bedeutender Teil ans Ausland abgegeben werden mußte."

Wie gesagt, eine Berichtigung dieser Angabe ist noch nicht erfolgt. Also muß sie wahr sein. Und das, trotzdem im vorigen Jahr ein großer Teil der Bevölkerung nach etwas mehr Zucker geradezu gejammert hat. Was soll man zu einer solchen „Ernährungspolitik" des Kriegsernährungsamtes sagen?

Uns will scheinen, daß das Kriegsernährungsamt sich darauf verläßt, daß das deutsche Volk seine Nahrungsmittel zu ergänzen verstehe durch — den verpönten Schleichhandel. Zu unterdrücken ist er nicht, wenigstens nicht durch die halben und Viertelmaßnahmen der Behörden. Von den Schleichhändlern und Hamsterern wird nur ein geringer Teil abgefangen, also mags denn so weitergehen. Das Kriegsernährungsamt mag sich aber nicht täuschen. Es gibt immer noch einen sehr großen Teil des deutschen Volkes, dem es an Geld und an Gelegenheit zum Hamstern fehlt

### Gegen die geplante Luxussteuer

beschloß eine Versammlung der Hanauer Gold- und Silberarbeiter eine Kundgebung, in der es heißt:

„Wie aus den Tagesblättern ersichtlich, plant die Regierung, die Erzeugnisse der Edelmetallindustrie mit einer hohen Luxussteuer zu belegen. Die heute versammelten Arbeiter der Hanauer Edelmetallindustrie erblicken in dieser Maßnahme eine gewaltige Schädigung dieser Industrie, die auf die Lebens- und Existenzverhältnisse der Arbeiter und Arbeiterinnen dieser Berufe einen schädigenden Einfluß ausüben würde, wie auch die ganze deutsche Edelmetallindustrie in ihrer Konkurrenzfähigkeit dem Ausland gegenüber dadurch einen gewaltigen Stoß bekommen würde, die eventuell die weitere Existenz dieser Industrie in Frage stellt. Die Versammelten erwarten deshalb, daß die geplante Luxussteuer in dieser Höhe nicht durchgeführt werde, und ersuchen den Abgeordneten unseres Wahlkreises, Herrn Gust. Hoch, diese Entschließung im Reichstage zur Kenntnis der Regierung zu bringen."

### Zur Metallenteignung

bringt die Rheinisch-Westfälische Zeitung (Nr. 393 vom 19. Mai) folgende Zuschrift:

„Durch die Presse gehen neuerdings wieder Beschwichtigungsreden wegen der Metallenteignung. Die Nachricht von der großen Kriegsbeute, welche die deutsche Offensive im Westen jüngst einbrachte, wird nach Möglichkeit wieder abgeschwächt. Nachdem eben erst aller Welt verkündet wurde, daß unsere kompetentesten Artillerie-Generäle und Fachmänner niemals eine ähnliche Riesenmenge an erbeuteten Munitions- und Metallwerten vor sich sahen, nachdem man zum mindesten einen vollen Jahresbedarf erbeutet zu haben vorgab, heißt es heute, daß mit all diesen Vorräten doch nicht weiterzukommen sei, da sie den notwendigen Metallbestand für die Anfertigung neuer Munition nicht entsprechend verstärke; es liege eben alles in bereits verarbeiteter Form fest, so wie die Beutestücke in unsere Hand fielen.

Das verstehe wer kann! Eine „unübersehbare Riesenbeute" mit Vorräten für mindestens ein Jahr muß sich zurücktransportieren und umarbeiten lassen, — sie muß den Reservebestand auf jeden Fall erhöhen und zu seiner Schonung wesentlich beitragen, sie muß also den Enteignungstermin zum mindesten weit herausschieben. Gleichwohl diese unerbittliche Enteignung, diese Beschlagnahme unserer Häuser auf Abbruch. Und das alles in einer Zeit, da man mit Rumänien einen entschädigungslosen Frieden schließt, der infolge der Belassung des Königspaares und bei der ganzen Veranlagung des Orients nicht einmal als „Versöhnungsfriede" bezeichnet werden kann. Wir fragen angesichts all dieser bitterbösen Erlebnisse, weshalb man nicht den eroberten Ländern, die ihren Riesenbeständen entsprechenden Kupfer-, Messing-, Bronze-Kontributionen auferlegte? Aus Reichstagskreisen wurde zwar berichtet, daß das hohe Haus der Regierung seine Bereitwilligkeit erklärt hätte, „den Besitz auf das Schärfste zu erfassen". Leider handelt es sich dabei aber immer um unsern deutschen Hausbesitz und Vermögensbesitz; die feindlichen Ausländer, welche das Schwert Hindenburgs in unsere Hände gab, läßt man mit ihrem Besitz laufen, damit ja die „Stimmung" draußen nicht verdorben werde.

Wie die Stimmung hier im Lande sich nachgerade in diesen Tagen der Häuserverwüstung gestaltet hat und weiterhin ausgärt, das scheint den Herren am grünen Tisch ohne Ar und Halm mehr und mehr Hekuba zu sein. Anders ist es auch wohl kaum zu erklären, daß man es wagt, den Hausbesitzern mit Selbstanzeigen und Selbstzerstörungsaufrufen hinsichtlich ihrer wertvollen Messingbestände zu kommen. Es liegt doch wohl auf der Hand, daß die Enteignungs- und Beschlagnahmebehörden verpflichtet sind, mit möglichst erstklassigem Ersatzmaterial und geübten Handarbeitern von Haus zu Haus zu ziehen und in aller Schonung sich den Wünschen der Hausbesitzer in denkbar entgegenkommender Weise anzupassen; haben die hohen Behörden da nicht vorgesorgt, so sind sie es, die nicht für unser Heer sorgten, denn ihre Erwartung, das Publikum vom rechtswegen über das billige Maß hinaus zu allem und jedem zwingen zu können, entspricht nicht dem Ernste dieser Zeit und den Bedürfnissen unserer Heeresverwaltung nach teilnehmender Hingabe der Heimarbeiter.

Den Hausbesitzern muß man auf ganz anderen Wegen kommen, so wie es sich von Rechts wegen auch und erst nach Beendigung dieses Weltkrieges gehört. Der Kaiserpunkt kann und darf dabei keine Rolle spielen für das Reich, denn es ist des Reiches unwürdig, Tausende und Abertausende von Bürgern zum eigenen Schaden unter minderwertigem Ersatzmaterial herlaufen zu lassen, während bei rechtzeitiger Vorsorge die Enteignungsbeträgen heute längst mit allem guten und besten Ersatzmaterial (Hier ist in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung eine Zeile verhoben.) Was haben wir von aller Front Unterstützung, wenn uns die hohen Behörden dabei nicht mit gutem und bestem Beispiel durch möglichste Eintung der Wege, durch hingebende Selbstlosigkeit und durch völlige Schadloshaltung mit gutem Beispiel vorangehen? Wird diese von Treu und Glauben in deutschen Landen immer noch gepflegte Rechtlichkeit nicht zum alles überschattenden Zwang der gegenwärtigen gewaltsamen Enteignungen und sonstigen Zumutungen, — so haben zum mindesten die verantwortlichen Stellen keinen Tadel mehr darüber, uns den größeren Schaden einer feindlichen Invasion vorzuhalten." —

Wir sind natürlich nicht mit allem einverstanden, was der Einsender an das bekannte Unternehmerblatt schreibt, besonders nicht mit der Forderung der „Kontributionen". Recht hat der Verfasser aber im Eingang seiner Ausführungen mit seinen Bemerkungen über den Widerspruch zwischen den Berichten von der jüngst im Westen gemachten Kriegsbeute und mit den just unmittelbar darauf folgenden Bekanntmachungen über die weitergehende Metallenteignung. Das stimmt ebenso zusammen wie der „Brotfriede" mit der Ukraine und der Verlängerung des Brotmarkts. —

### Preistreibereien für Türklinken und Fenstergriffe.

Hierzu macht die Nachrichtenabteilung des preußischen Kriegsministeriums folgendes bekannt:

Durch die Bekanntmachung M. 8/1. 18. K. R. A. vom 26. März 1918 betreffend Einrichtungsgegenstände sind unter anderem die Türklinken und Fenstergriffe aus Sparmetallen auf den Reichsmilitärfiskus übereignet und müssen in Kürze abgeliefert werden.

Infolgedessen hat eine empfindliche Preissteigerung der im Verkehr befindlichen Ersatztürklinken und Fenstergriffe eingesetzt.

Das Kriegsamt muß vor diesen Preistreibereien dringend warnen. Sollten Hersteller oder Händler Preise fordern, die einen übermäßigen Gewinn enthalten, so machen sie sich nach § 5 der Bekanntmachung gegen übermäßige Preissteigerung vom 23. Juli 1915 strafbar; denn diese Ersatzgegenstände sind als Gegenstände des „täglichen Bedarfs" im Sinne dieses Gesetzes anzusehen. Auch eine Zurückhaltung dieser Gegenstände zum Zwecke der Preissteigerung, wie überhaupt jede Machenschaft, die hierauf abzielt, stellt eine strafbare Handlung dar. Nötigenfalls wird zur Beschlagnahme dieser Ersatzgegenstände geschritten werden.

### Milliardengewinne aus der Türklinkenbeschlagnahme.

Zu der in Nr. 21 unter dieser Ueberschrift gebrachten und dem Vorwärts entnommenen Mitteilung brachte der Vorwärts am 18. Mai die Berichtigung, daß die Firma sich wohl um die Lieferung beworben, aber keinen Auftrag und keinerlei Zusicherungen erhalten habe. Auch würde eine einzige Firma nicht die gesamten Lieferungen erhalten. Aber selbst in einem solchen Fall könne ein Milliardengewinn nicht in Frage kommen, da ein solcher bei einem Verdienst von 2 M auf das Stück eine Lieferung von 500 Millionen Türklinken voraussetzen würde, während man in Wirklichkeit mit dem zehnten Teil, dazu etwa 30 Millionen Fenstergriffe rechne. Ferner sei ein Gewinn von 2 M am Stück unmöglich, weil der ganze bewilligte Stückpreis nicht mehr als etwa 2,90 M betragen werde.

### Ein Institut für Metallforschung

soll in Groß-Berlin errichtet werden. Ein Institut für Eisenforschung besteht bereits. Es ist von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Verbindung mit dem Verein deutscher Eisenhüttenleute gegründet worden. Nunmehr beabsichtigt die genannte Gesellschaft auch ein Institut für Metallforschung zu gründen, um die wissenschaftliche Erforschung der vielen bei der Gewinnung und der Verarbeitung der Metalle noch auftretenden und ungelösten Fragen im Umfange aller nutzbaren Metalle (mit Ausschluß des Eisens) zu fördern. Das Institut wird einen Kapitalaufwand von 8 bis 10 Millionen Mark erfordern. Die Mansfeldsche kupferschieferbauende Gewerkschaft hat auf ihrem diesjährigen Gewerkentag einen Beitrag von 250 000 M bewilligt.

## Vom Ausland

### Frankreich.

**Ausstand in den Pariser Kriegswerkstätten.** Wie nachträglich allmählich bekannt wird, hat in den Pariser Kriegswerkstätten eine Ausstandsbewegung stattgefunden. Als Grund wird in der Tagespresse angegeben der Widerspruch der Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die plötzliche und ohne vorherige Benachrichtigung der Gewerkschaften erfolgte Versetzung von 40 000 Arbeitern an die Front, und zweitens das Verlangen nach einer Bürgschaft dafür, daß Frankreich endlich seine Kriegsziele festlege, daß es sich gegen jede Eroberung und jedes Verlangen nach Kriegsentschädigung ausspreche und daß es die Entente dazu bestimme, den Abschluß des Krieges zu beschleunigen auf Grund einer alle Völker ohne Ausnahme umfassenden internationalen Rechtsordnung. Die Arbeiter fürchteten, daß der Kriegsminister Clémenceau die Arbeiter durch Amerikaner ersetzen und die führenden Gewerkschafter aus Paris entfernen wollte. Die Arbeiterinnen beteiligten sich in sehr großer Zahl an der Bewegung. Es erfolgten dann Verhandlungen zwischen Clémenceau und den Führern des Metallarbeiter-Verbandes. Was dabei erreicht wurde, ist bisher nicht mitgeteilt worden mit Ausnahme des von Clémenceau gegebenen Versprechens, daß er in Zukunft die Arbeitervertretungen achten wolle. Am 17. Mai beschlossen die Ausständigen, die Arbeit wieder aufzunehmen und nahmen folgende Tagesordnung an:

„Die am 17. Mai versammelten Vertreter von 180 000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Kriegswerkstätten haben den Bericht ihrer Abordnung über die Verhandlungen mit der Regierung entgegengenommen. Sie nehmen von den Erklärungen Kenntnis und stellen fest, daß der demonstrative Charakter ihrer Kundgebung als erreicht angesehen werden kann. Sie nehmen den Vorschlag ihrer Gewerkschaften, die Arbeit am Samstag wieder aufzunehmen, an."

Im Französischen Metallarbeiter-Verbande macht sich eine besondere Bewegung für die schnelle Herbeiführung des Friedens bemerkbar. Sie hatte im Industriebecken der oberen Loire ihren Ursprung. In St. Etienne fand am 19. Mai eine Zusammenkunft von Vertretern dieser Bewegung statt. Wie die Tagespresse schreibt, will man auf diese Weise einen allgemeinen Gewerkschaftskongreß erzwingen, der sich mit der Friedensfrage beschäftigen soll. Dies die tatsächlichen Mitteilungen, soweit sie sich aus den zum Teil ziemlich wortreichen Meldungen der Tagespresse herausschälen ließen. Man muß außerdem beachten, daß die französische Zensur in dieser Sache anscheinend besonders strenge ihres Amtes waltet.

## Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. a. G. Hamburg.)

**Abrechnung über den Unterstützungs- und Agitationsfonds vom 1. März bis zum 30. April 1918.**

Einnahmen:

Von Aachen 30 M. Aldenrode 17,50. Altenessen 50. Aue 80. Braunschweig 35,70. Berlin I 50. Berlin II 100. Berlin III 100. Berlin IV 80. Berlin V 140. Berlin VII 120. Berlin IX 190. Berlin X 60. Berlin XI 80. Betzdorf 34. Brandenburg 35. Braunschweig 15,60. Buchholz 10. Büderich 15,40. Bielach-Beiertheim 12. Bunzlau 20. Charlottenburg 100. Cöln-Nord 25. Cöln-Süd 24,52. Cöln-Ehrenfeld 50. Cöln-Kalk 50,25. Cöpenick 15,80. Crone 10. Dietrichsdorf 100. Dinslaken 40. Dresden-Gotta 50. Düren 60. Düsseldorf-Bilk 100. Düsseldorf-Derendorf 241,40. Düsseldorf-Flehe 18,20. Düsseldorf-Flingern 200. Düsseldorf-Gerresheim 50. Düsseldorf-Hardt 32. Düsseldorf-Rath 124,20. Duisburg-Laar 175. Duisburg-Meiderich I 230. Duisburg-Meiderich II 100. Eberswalde 80. Ellenburg 10. Eßlingen 7,90. Erfurt 39,80. Erkrath 20. Essen I 100. Essen IV 60. Flensburg 40. Frankenberg i. S. 10. Frankfurt a. M. 10. Frankfurt-Sachsenhausen 22,70. Frankfurt a. O. 19,80. Friedrichshagen 20. Friedrichsort 52. Fürstenwalde 25. Geislingen 20,50. Gelsenkirchen-Schalke 20. Göppingen 45. Grünau-Johannisthal 30. Gummersbach 80. Hagen-Eilpe 50. Hagen-Wehringhausen 40. Hamburg, Vorstand Unbekannt 660. Haspe III 40. Hattenthal 20. Hettingen 39,90. Hemer 17,60. Höchst a. M. 21. Höchberg 5. Homberg a. Rh. 50. Jena 15,30. Jnnerlohn 50. Kaiserslautern 100. Kiel-Elmschenhagen 60. Kiel-Gaarden 400. Königshardt 17. Leipzig-Nord 100. Leipzig-Ost 50. Leipzig-Leutzsch 10. Leipzig-Stötteritz 20. Liegnitz 23,50. Linden 100. 28. u. 29. Wahlkr. durch Reiß 130. Luckenwalde 5. Magdeburg-Buckau 10. Magdeburg-Salbke 50. Magdeburg-Sudenburg 11,80. Magdeburg-Wilhelmstadt 19,80. Mahlsdorf 5,80. Mainz 100. Mannheim-Neckarau 30. Merscheid 40. Mettmann 11. Mülhe 50. Mülheim a. R. 25. München 200. München-Gladbach 30. Neuß 20. Neustadt 15. Niederschönweide 60. Nürnberg 10. Offenburg 4. Ohligs 48,80. Pankow 100. Pingsdorf 5. Pirna i. S. 20. Randesacker 8. Ratingen 10. Reinickendorf-Ost 10. Reinickendorf-West 52. Remscheid I 150. Reinhausen 40. Rinthe 10. Rosenthal 15. Rottenburg a. N. 20. Saarbrücken III 10. Schöneberg 100. Siegen I 20. Söllingen 10. Solingen I 100. Solingen 69,30. Spandau 50. Speyer 33,80. Stahlheim 50. Steglitz 30. Tegel 100. Tempelhof 50. Thale a. H. 75. Troisdorf 40. Unterlochen 25. Urdenbach 50. Vegesack 8,80. Wasseralfingen 10. Weiß bei Köln 20. Wildau 80. Zeitz 20. Zwickau 25. Einzelmitglieder durch den Vorstand: Heinrich 0,20. Winkler 1. Bonacker 0,[illegible] Linau 0,60. Trede 0,50. Wolter 0,30. Fabig 0,20. Schachinger 0,[illegible] Hillecke 0,20. Krüger 0,60. Zusammen 8206,87 M.

Ausgaben:

An die ausgesteuerten Mitglieder: W. Büsgen, Cöln-Ehrenfeld 50 M. Ferd. Lammert, Dietrichsdorf 50. Otto Loos, Dresden-Pieschen 60. L. Vogel, Dresden-Pieschen 60. A. Andree, Magdeburg-Fermersleben 50. Chr. Waffenschmidt, Benrath 40. Georg Bormann, Braunschweig 70. E. Bredow, Eberswalde 60. P. Minninger, Saarbrücken I 60. An die Hinterbliebenen von 53 im Felde gefallenen Mitglieder 2950. Porto und Bestellgelder 17. Verwaltungskosten 23,25. Fahrgeld der Revisoren 0,40. Zusammen 3490,65 M.

Abschluß:

| | |
|---|---|
| Einnahmen | 8206,87 M |
| Ausgaben | 3490,65 „ |
| Mehreinnahmen | 4716,22 M |
| Kassenbestand am 1. März 1918 | 21163,50 „ |
| „ „ 30. April 1918 | 25879,72 „ |

Berlin, den 13. Mai 1918. **Paul Deutschmann**

Geprüft und für richtig befunden.
Die Revisoren: W. Graeber. Josef Wieloch.

## Eingegangene Schriften

(Zur Bestellung der angezeigten oder besprochenen Werke wende man sich nicht an uns, sondern nur an den bei jedem Werke angegebenen Verlag oder an eine Buchhandlung.)

**Technik für Alle.** Monatshefte für Elektrotechnik, Bau- und Maschinentechnik, Bergbau, Kriegs-, Fluß-, Schiffs- und Verkehrstechnik, Gewerbe, Handel, Weltwirtschaft, Technik und Industrie. Verlag der Technischen Monatshefte, Franckhsche Verlagshandlung, Stuttgart. Preis vierteljährlich 1,45 M. — Von dieser, trotz der gegenwärtigen Verhältnisse immer noch sehr reichhaltigen Zeitschrift sind die Hefte 11 und 12 erschienen. Aus ihrem Inhalt heben wir hervor: Die optischen Instrumente im Kriege. Von Diplomingenieur A. Hamm. — Krane und Verladebrücken in Industriehäfen. — Zur Geschichte der Münzpresse. — Die Urbarmachung von Moor und Heide. — In der Baumwollenstadt. Von Franz v. Jessen. (Fortsetzung und Schluß.) — Gibt es Moleküle? Von Prof. Dr. Ernst Rüst. — Der deutsche Film — eine neue Großindustrie. Von Alfred Dambitsch. — Fettgewinnung aus Getreidekeimen. Von Karl Wachwitz. — Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Ukraine. Von F. Lützelburger. — Die Kreisellsteuerung. Von Dr. Fr. Gagelmann. — Die Flak, ein neues Kriegsmittel. Von Albert Schmidt. — Fast alle Beiträge sind mit Abbildungen versehen. Auch die in jedem Heft enthaltenen kleinen Mitteilungen sind sehr lehrreich.

**Die Aufgaben von Reich, Staat, Gemeinde für Mutter und Kind.** Vortrag des Reichstagsabgeordneten Max König, Dortmund, gehalten am 14. November 1917 im alten Rathaussaal zu Dortmund anläßlich der Hygiene-Ausstellung „Mutter und Kind" der Volkshorn-Gesellschaft in Dresden, veranstaltet von der Stadtverwaltung Dortmund und dem Verein für Säuglingspflege. Druck und Verlag: Volksblatt, Buchdruckerei und Verlagsanstalt, E. Graf & Co., Bochum, Hermannshöhe 7. 24 Seiten. Preis 30 J. — Der Verfasser weist nach, daß alle Bevölkerungspolitik mit dem Schutze von Mutter und Kind beginnen muß.

**Mir oder Mich?** Lern- und Nachschlagebuch für den Selbstunterricht in der deutschen Sprache. Leitfaden zum Gebrauch der Fürwörter. Leichtfaßlich dargestellt von Karl Mann, Lehrer. Verlag L. Schwarz & Comp., Berlin C. 14, Dresdener Straße 80. 111 Seiten. Preis 1,25 M. — Wer die Fürwörter „mir oder mich, Dir oder Dich, Ihnen oder Sie, ihm oder ihn, dem oder den usw." falsch anwendet, oder überhaupt den dritten und vierten Fall verwechselt, wird mit Recht als ungebildeter Mensch gelten, der mit der deutschen Sprache auf dem Kriegsfuß steht. Durch ein einziges falsches „Mich", ein unrichtiges „Sie" oder „Ihnen" setzt man sich der Gefahr aus, verlacht, oder in seinem Fortkommen behindert zu werden. Allen, die sich bewußt sind, falsch zu sprechen und zu schreiben, bietet das Buch Gelegenheit, ihre Bildung zu vervollständigen, und außer vielem Anderen den richtigen Gebrauch der Fälle mühelos zu erlernen. Ein nach der Buchstabenfolge geordnetes Wörterverzeichnis gibt in allen Zweifelsfällen sofort Aufklärung. Das Buch ist auch Eltern zum Gebrauch in der Familie wohl zu empfehlen.

## Verbands-Anzeigen

### Mitgliederversammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgenommen.)

Samstag, 8. Juni.

**Amberg.** Auf der Alm, halb 8 Uhr.
**Speyer a. Rh.** Waidenberg, 8 Uhr.
**Staßfurt.** Fürstenhof, 8 Uhr.

Sonntag, 16. Juni:

**Breslau** (Elektromonteure). Gewerkschaftshaus, halb 11 Uhr.

### Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen u. dergl.

**Bromberg.** Die hiesige Ortsverwaltung errichtet im Arbeiterkasino, Thalstr. 2, eine **Kassenstelle.** Beitragsmarken sind dort jederzeit beim Wirt zu haben. Die Zeitung ist Sonntags von 10 bis 1 Uhr abzuholen. Mitgliederversammlungen jeden ersten Sonntag im Monat.

### Gestorben.

**Altwasser i. Schl.** Fritz Zimcera, Schlosser, 34 Jahre, Lungentuberkulose.
**Bremerhaven.** August Bertram, Arbeiter, 56 Jahre (161).
— Adolf Andrejewsky, Nieter, 51 Jahre (162).
— Wilhelm Siemssen, Arbeiter, 54 Jahre (163).
— Karl Neubauer, Schlosser, 53 Jahre (164).
— Johann Speckmann, Schmied, 41 Jahre (165).
— Elisabeth Delze, 57 Jahre (166).
— Rudolf Steppat, Arbeiter, 65 Jahre (167).
**Bremerhaven.** Johann Rathjen, Maschinenbauer, 30 Jahre (168).
— Christian Möhle, Dreher, 62 Jahre (169).
— August Bösel, Arbeiter, 42 J. (170).
— Hermann Fröhlich, Schmied, 79 Jahre (171).
— Marie Grätz, 59 Jahre (172).
— Hans Köchel, Elektriker, 39 J. (173).
— Paul Lippert, Schlosser, 43 J. (174).
— Friedrich Pitelski, Schmied, 50 Jahre (175).
— Heinrich Heinsohn, Arbeiter, 50 Jahre (176).
— Julius Weiß, Maschinenschlosser, 68 Jahre (177).
**München.** Max Wittmann, Mechaniker, 30 Jahre, Lungenleiden.
— Georg Wagner, Maschinist, 69 J., Herzleiden.
— Maria Schiller, Arbeiterin, 69 J., Lungenleiden.
— Luitpold Grauvogel, Walzmeister, 64 Jahre, Rheuma u. Herzleiden.
— Georg Haasmann, Schlosser, 63 Jahre, Herzleiden.
— Johann Krittian, Mechaniker, 53 Jahre, Herzschlag.
— Hugo Hoffmann, Schlosser, 40 J., Herzleiden.
— Blasius Maier, Schlosser, 58 J., Herzleiden.
— Ferdinand Fischer, Monteur, 45 J., Gehirnverkalkung.
— Josef Schechner, Monteur, 58 J., Herzleiden.
— Max Straßer, Spengler, 57 Jahre, Lungenentzündung.
— Georg Roth, Spengler, 25 Jahre, Lungenleiden.
— Franz Obermeier, Monteur, 47 J., Lungenleiden.
— Helene Ermer, Arbeiterin, 27 J.
**Rowawes-Potsdam.** A. Rudat (163).

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Co., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.